

Ausgabe 46

23. November 2023

# steuern + recht aktuell

Wichtige Änderungen in Recht und Gesetz

## Inhalt

### Neues aus der Gesetzgebung & Finanzverwaltung

Bundestag billigt das Zukunftsfinanzierungsgesetz

### Aktuelle Rechtsprechung

BFH-Entscheidungen, veröffentlicht am 23. November 2023

Weitere Veröffentlichungen vom Tage

Keine Steuerersparnis durch die Vermietung von Luxusimmobilien

Wahlrecht zur Buchwertfortführung, wenn während des Rückwirkungszeitraums getätigte Entnahmen zu negativen Anschaffungskosten des Einbringenden führen

### Business Meldungen

Auswirkungen des Bundesverfassungsgerichtsurteils zum Nachtragshaushalt 2021 auf staatliche Beihilfen und Förderprogramme

### Terminplaner

Webcast-Reihe – Connected Tax Compliance

### Noch Fragen?

# Neues aus Gesetzgebung & Finanzverwaltung

## Bundestag billigt das Zukunftsfinanzierungsgesetz

*Der Bundestag hat am Freitag, 17. November 2023, den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Finanzierung von zukunftsichernden Investitionen (20/8292, 20/8675, 20/8819 Nr. 10) beschlossen.*

Das sogenannte Zukunftsfinanzierungsgesetz ([20/8292](#), [20/8675](#), [20/8819](#) Nr. 10) sieht vor, dass Start-ups, Wachstumsunternehmen sowie kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) der Zugang zum Kapitalmarkt erleichtert wird und zugleich Investitionen in erneuerbare Energien gefördert werden. Der Finanzausschuss hatte im parlamentarischen Verfahren noch eine Reihe von Änderungen am Ursprungstext vorgenommen ([20/9363](#)).

Darüber hinaus nahm das Plenum mehrheitlich eine Entschließung an, wonach die Bundesregierung nach vier Jahren eine Evaluierung der gesetzlichen Regelungen vornehmen soll.

## Gesetzentwurf der Bundesregierung

Mit dem beschlossenen Gesetz werden laut Bundesregierung Regelungen im Finanzmarktrecht, Gesellschaftsrecht und Steuerrecht weiterentwickelt. Ab 2026 rechnet die Regierung mit jährlichen Steuermindereinnahmen von 960 Millionen Euro, wobei 387 Millionen Euro beim Bund, 358 Millionen Euro bei den Ländern und 215 Millionen Euro bei den Gemeinden anfallen. Wie es heißt, ist 2024 mit einem Gesamtminus von 595 Millionen Euro und 2025 von 850 Millionen Euro zu rechnen.

„Durch Digitalisierung, Entbürokratisierung und Internationalisierung sollen der deutsche Finanzmarkt und der Standort Deutschland attraktiver sowohl für nationale als auch für internationale Unternehmen und Investoren werden. Aktien und börsennotierte Wertpapiere sollen als Kapitalanlage attraktiver werden, um Nachfrageseite (Anreize für Aktien als Kapitalanlage) und Angebotsseite (Erhöhung der Anzahl börsennotierter Unternehmen in Deutschland) zu stärken“, erläutert die Regierung.

## Aufgeschobene Besteuerung

Den Anwendungsbereich der aufgeschobenen Besteuerung soll „signifikant“ ausgeweitet werden. Hierzu soll die Besteuerung künftig bis zur Veräußerung der Anteile aufgeschoben werden können, wenn der Arbeitgeber die Haftung für die anfallende Lohnsteuer übernimmt. Verlust für den Haushalt: 365 Millionen Euro pro Jahr ab 2026 (2025: 255 Millionen Euro, 2024: 70 Millionen Euro).

Unternehmen sollen künftig bereits mit einer Mindestmarktkapitalisierung von einer Million Euro an die Börse gehen dürfen (bisher: 1,25 Millionen Euro). Die Pflicht zu einem Emissionsbegleiter als Mittragsteller, beispielsweise einer Bank, entfällt.

## **Aktienemissionen auf Blockchain-Basis**

Aktienemissionen sollen künftig auch auf der Grundlage der Blockchain-Technologie möglich werden. Mit dieser Weiterentwicklung des Rechtsrahmens für Kryptowerte soll Deutschland „zu einem rechtssicheren Standort für diese Zukunftstechnologie“ werden. Konkret sollen Namensaktien künftig sowohl als Zentralregisterwertpapiere als auch als Kryptowertpapiere begeben werden können. Inhaberaktien soll es weiterhin nur als Zentralregisterwertpapiere geben.

Die Aufnahme von Eigenkapital soll ferner dadurch erleichtert werden, dass Unternehmen Mehrstimmrechtsaktien ausgeben dürfen. Kapitalerhöhungen sollen auch dadurch einfacher werden, dass unter anderem die Grenze beim vereinfachten Bezugsrechtsausschluss im Aktienrecht von bisher zehn Prozent des Grundkapitals auf 20 Prozent angehoben wird.

## **Gleiche Wettbewerbsverhältnisse mit EU-Ausland**

Umsatzsteuerrechtliche Regelungen für Investmentfonds sollen an Regelungen in anderen EU-Mitgliedstaaten angeglichen werden. Ziel der Bundesregierung sind dabei „gleiche Wettbewerbsverhältnisse mit dem europäischen Ausland“. Hier kalkulierte sie 2024 mit Mindereinnahmen von 120 Millionen Euro, ab 2025 mit jährlich 140 Millionen Euro. Änderungen gibt es auch im Bereich der Haftungsregelungen für Crowdfunding-Projekte.

Internationale Akteure sollen mit der deutschen Finanzaufsicht künftig auch auf Englisch kommunizieren können. Auch soll eine Kommunikation mit den Behörden verstärkt auf digitalem Weg ermöglicht werden.

## **Änderungen im Ausschuss**

Millionen Deutsche sollen eine bessere staatliche Spar-Förderung bekommen: Die Einkommensgrenzen für die Berechtigung der Arbeitnehmer-Sparzulage sollen sich verdoppeln, auf 40.000 Euro für Ledige und 80.000 Euro für Verheiratete. Das sieht die Beschlussempfehlung nach einer Änderung im parlamentarischen Verfahren im Finanzausschuss vor. Die Verdoppelung der Arbeitnehmer-Sparzulage kam als Änderungsantrag in den Gesetzentwurf der Bundesregierung, nachdem sich in der öffentlichen Anhörung mehrere Sachverständige dafür ausgesprochen hatten. Dadurch soll sich der Kreis der Anspruchsberechtigten auf 13,8 Millionen Personen in Deutschland erweitern. Neben der Erhöhung der Arbeitnehmer-Sparzulage ging es unter anderem auch um die Förderung der Mitarbeiterbeteiligung bei Start-ups. Hier sollen auch sogenannte vinkulierte Anteile von der sofortigen Besteuerung ausgenommen werden.

Aus dem Gesetzentwurf gestrichen wurde die Möglichkeit für Immobilienfonds, in Grundstücke, auf denen sich ausschließlich Erneuerbare-Energien-Anlagen befinden, zu investieren. Ursprünglich sollte „aufsichtsrechtlich ermöglicht werden, auch Grundstücke zu erwerben, auf denen sich ausschließlich Anlagen zur Erzeugung, zum Transport und zur Speicherung von Strom, Gas oder Wärme aus erneuerbaren Energien befinden“. Weitere Änderungen in dem umfangreichen Gesetzentwurf betreffen das Thema Crowdfunding, Zahlungskonten-Vergleichswebsite, Verbraucherdarlehensvertrag und

Restschuldversicherung, Umsatzsteuerbefreiung für die Verwaltung von Krediten und Kreditsicherheiten durch die Kreditgeber und AGB-Bereichsausnahme.

Zu dem Gesetz hatte der Haushaltsausschuss einen Bericht gemäß Paragraf 96 der Geschäftsordnung des Bundestages zur Finanzierbarkeit ([20/9367](#)) vorgelegt.

### **Stellungnahme des Bundesrates**

Der Bundesrat schlug in seiner Stellungnahme ([20/8675](#)) zahlreiche Änderungen am Gesetzentwurf vor. Unter anderem sollte die steuerliche Besserstellung von Mitarbeiterbeteiligungen am Unternehmen auch für sogenannte vinkulierte Anteile gelten.

Die Länderkammer schrieb mit Bezug auf das Einkommensteuergesetz (EStG): „Bei Start-ups werden nahezu ausschließlich vinkulierte Anteile als Mitarbeiterbeteiligung gewährt. Bei diesen ist nach dem Gesetzentwurf nicht davon auszugehen, dass ein Zufluss von Arbeitslohn vorliegt, weil es dem Arbeitnehmer noch unmöglich ist, über die Vermögensbeteiligung zu verfügen. In der Konsequenz würde der Zweck des Paragraphen 19a EStG, nämlich Start-ups durch eine Verbesserung der Mitarbeitergewinnung und -bindung mittels attraktiver Kapitalbeteiligung zu fördern, verfehlt. Die vorgeschlagene Ergänzung führt dazu, dass Paragraf 19a EStG auch für vinkulierte Anteile anwendbar ist.“

In ihrer Gegenäußerung signalisierte die Bundesregierung dazu Gesprächsbereitschaft. Sie schrieb: „Die Bundesregierung wird die Anregung des Bundesrates prüfen, wobei hierbei insbesondere die faktische Bedeutung der Problematik für die Branche berücksichtigt werden wird.“

### **Fundstelle**

Bundestag online, [Meldung vom 17. November 2023](#).

# Aktuelle Rechtsprechung

BFH-Entscheidungen, veröffentlicht am 23. November 2023

## Urteil III R 39/21: Gewerbesteuerrechtliche Hinzurechnung von Mieten und Standflächen bei Imissbetrieben im Reisegewerbe

12. Oktober 2023

Eine Hinzurechnung von Mieten für Standflächen eines im Reisegewerbe tätigen Imbissbetriebs nach § 8 Nr. 1 Buchst. e des Gewerbesteuergesetzes ist wegen der Voraussetzungslosigkeit der Eigentumsfiktion unabhängig davon möglich, ob es im Reisegewerbe Vergleichsbetriebe gibt, die mit in ihrem Eigentum stehenden Verkaufsflächen arbeiten. Auch eine regelmäßig nur für kurze Zeit erfolgende Anmietung von unterschiedlichen Standflächen bewirkt deren Zuordnung zum (fiktiven) Anlagevermögen, wenn sich die wiederholte kurzfristige Anmietung ähnlicher Standflächen als Surrogat einer langfristigen Nutzung solcher Standflächen darstellt. Eine Umqualifizierung von Mieten für Standflächen in Herstellungskosten der angebotenen Produkte scheidet aus, wenn die Aufwendungen bei einer Gesamtbetrachtung unter das Einbeziehungsverbot für Vertriebskosten fallen (§ 255 Abs. 2 Satz 4 des Handelsgesetzbuchs).

### Zum Urteil

## Urteil I R 21/40: „Finanzielle Eingliederung“ bei unterjähriger Verschmelzung auf eine Personengesellschaft – teilweise inhaltsgleich mit BFH-Urteilen v. 11.7.2023 [I R 36/20](#), [I R 40/20](#), [I R 45/20](#)

11. Juli 2023

Im Fall der Verschmelzung einer Kapital- auf eine Personengesellschaft tritt der übernehmende Rechtsträger (Organträger) hinsichtlich des Merkmals der finanziellen Eingliederung (§ 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 KStG) auch dann nach § 4 Abs. 2 Satz 1 i.V.m. Satz 3 UmwStG 2006 in die Rechtsstellung des übertragenden Rechtsträgers ein, wenn der umwandlungssteuerliche Übertragungstichtag nicht auf den Beginn des Wirtschaftsjahres der Organgesellschaft zurückbezogen wird. Dies gilt auch für das Merkmal der Zuordnung der Beteiligung an der Organgesellschaft zu einer inländischen Betriebsstätte des Organträgers nach § 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 Satz 4 KStG (Bestätigung und Fortentwicklung der Senatsurteile vom 28.07.2010 - I R 89/09 und I R 111/09, BFH/NV 2011, 67, sog. Fußstapfentheorie).

Gegenstand der gesonderten und einheitlichen Feststellung des § 14 Abs. 5 Satz 1 KStG sind das dem Organträger zuzurechnende Einkommen und "damit zusammenhängende andere Besteuerungsgrundlagen". Dies umfasst --zumindest "incidenter"-- auch die Statusfrage (Bestehen/Nichtbestehen einer körperschaftsteuerrechtlichen Organschaft). Der Gewerbesteuermessbescheid ist im Verhältnis zum Feststellungsbescheid des § 14 Abs. 5 Satz 1 KStG kein Folgebescheid.

### Zum Urteil

## Weitere Veröffentlichungen vom Tage:

### **Beschluss X B 35/23 (AdV)**

#### **Keine Fertigung einer Daten-CD im Rahmen der Akteneinsicht**

30. Oktober 2023

[Zum Beschluss](#)

## Rechtsprechung im Blog

### **Keine Steuerersparnis durch die Vermietung von Luxusimmobilien**

*Wird ein Objekt mit einer Größe von mehr als 250 qm Wohnfläche vermietet, können aufgrund der Vermietung entstehende Verluste nicht ohne Weiteres mit anderen Einkünften des Steuerpflichtigen verrechnet werden. Dies hat der Bundesfinanzhof (BFH) in einem aktuellen Urteil entschieden.*

#### **Sachverhalt**

Im Streitfall hatten die Steuerpflichtigen, ein Elternpaar, insgesamt drei Villengebäude mit einer Wohnfläche von jeweils mehr als 250 qm erworben. Die Immobilien vermieteten sie unbefristet an ihre volljährigen Kinder. Durch die Vermietung entstanden den Steuerpflichtigen jährliche Verluste zwischen 172.000 € und 216.000 €. Diese Verluste verrechneten sie mit ihren übrigen Einkünften. Dadurch ergab sich eine erhebliche Einkommensteuerersparnis.

#### **Urteil des BFH**

Der BFH hat die Verrechnung der Verluste mit den übrigen Einkünften und die damit verbundene Steuerersparnis nicht zugelassen. Wird eine Immobilie mit einer Wohnfläche von mehr als 250 qm vermietet, müsse der Steuerpflichtige nachweisen, dass die Vermietung mit der Absicht erfolge, einen finanziellen Überschuss zu erzielen. Könne er diesen Nachweis nicht führen, weil er über einen längeren Zeitraum Verluste erwirtschaftete, handele es sich bei der Vermietungstätigkeit um eine steuerlich nicht beachtliche sogenannte Liebhaberei. Im Fall einer Liebhaberei seien aus dieser Tätigkeit stammende Verluste nicht mit anderen positiven Einkünften verrechenbar.

Der BFH bestätigt mit dieser Entscheidung seine bisherige Rechtsprechung, wonach bei der Vermietung von aufwendig gestalteten oder ausgestatteten Objekten (z.B. Größe von mehr als 250 qm Wohnfläche; Schwimmhalle) nicht automatisch von einer steuerbaren Tätigkeit auszugehen ist. Denn insoweit handelt es sich um Objekte, bei denen die Marktmiete den besonderen Wohnwert nicht angemessen widerspiegelt und die sich aufgrund der mit ihnen verbundenen Kosten oftmals auch nicht kostendeckend vermieten lassen. Daher ist bei diesen Objekten anlässlich der steuerlichen Erfassung der Einkünfte regelmäßig





nachzuweisen, dass über einen 30-jährigen Prognosezeitraum ein positives Ergebnis erwirtschaftet werden kann.

### **Fundstelle**

BFH, Urteil vom 20. Juni 2023 ([IX R 17/21](#)), veröffentlicht am 16. November 2023, vgl. die [Pressemitteilung 044/23](#).

### **Wahlrecht zur Buchwertfortführung, wenn während des Rückwirkungszeitraums getätigte Entnahmen zu negativen Anschaffungskosten des Einbringenden führen**

*Das Finanzgericht Münster hat mit zwei im Wesentlichen inhaltsgleichen Urteilen entschieden, dass das Wahlrecht der übernehmenden Gesellschaft, für das eingebrachte Betriebsvermögen den Buchwert anzusetzen, auch nicht dadurch ausgeschlossen wird, dass der Abzug von Entnahmen im Rückwirkungszeitraum gem. § 20 Abs. 5 Satz 3 UmwStG 2006 (i.d.F. des Steueränderungsgesetzes 2015, StÄndG 2015) zu negativen Anschaffungskosten führt. Der Wortlaut des § 20 Abs. 2 Satz 2 Nr. 2 und Satz 4 UmwStG ist in dem Fall, entgegen Rn. 20.19 UmwStE 2011, nicht teleologisch zu erweitern.*

### **Sachverhalt**

In dem unter dem Aktenzeichen **9 K 935/21 K** geführten Verfahren brachte der Kläger im Jahr 2016 sein Einzelunternehmen gegen Gewährung von Gesellschaftsrechten in eine von ihm im Jahr 2015 gegründete und im Jahr 2016 in das Handelsregister eingetragene GmbH ein, deren alleiniger Geschäftsführer der Kläger war. Die Einbringung erfolgte zu Buchwerten und wurde auf den 1.1.2016 zurückbezogen.

In dem ähnlich gelagerten, unter dem Aktenzeichen **9 K 1242/21 K** geführten Verfahren wandelte der Kläger im Jahr 2014 sein Einzelunternehmen in eine GmbH um und übertrug das Vermögen seines Einzelunternehmens als Gesamtheit auf die von ihm zeitgleich gegründete GmbH. Die Einbringung erfolgte zu Buchwerten und wurde auf den 1.1.2014 zurückbezogen.

Insbesondere aufgrund von Entnahmen im Rückwirkungszeitraum wurden die Anschaffungskosten an den übernehmenden Gesellschaften jeweils negativ. Das Finanzamt vertrat im Anschluss an eine Betriebsprüfung die Auffassung, dass es nach § 20 Abs. 2 Satz 2 Nr. 2 und Satz 4 UmwStG 2006 keine negativen Anschaffungskosten geben könne und das übernommene Betriebsvermögen deshalb in beiden Fällen mit dem Zwischenwert bei der übernehmenden Gesellschaft anzusetzen sein müsse. Hierdurch entstand jeweils ein steuerpflichtiger Einbringungsgewinn bei den Klägern.

### **Richterliche Entscheidung**

Hinsichtlich der Zulässigkeit der Klagen stellte das FG Münster unter Bezugnahme auf die Rechtsprechung des BFH in beiden Streitfällen fest, dass dem Kläger als Einbringenden im Fall der Einbringung eines Betriebs i.S.d. § 20 UmwStG 2006 ein Anfechtungsrecht gegen die gegenüber der aufnehmenden Gesellschaft ergangenen Steuerfestsetzung zusteht, wenn der Kläger geltend macht, dass das Finanzamt das eingebrachte Betriebsvermögen zu Unrecht mit einem höheren Wert als dem Buchwert angesetzt hat (vgl. BFH-Urteile vom 8.6.2011, I R 79/10 und vom 13.9.2018, I R 19/16, siehe unseren [Blogbeitrag](#))

In materiell-rechtlicher Hinsicht hat das Finanzgericht Münster in beiden Streitfällen entschieden, dass das Finanzamt den Wert des vom Kläger eingebrachten Betriebsvermögens zu Unrecht bei der aufnehmenden Gesellschaft mit einem Zwischenwert angesetzt hat. Maßgeblich sind in beiden Fällen vielmehr die Buchwerte des eingebrachten Betriebsvermögens. Die Berechtigung der aufnehmenden Gesellschaften zum Ansatz des eingebrachten Betriebsvermögens mit dem Buchwert wird nicht dadurch ausgeschlossen, dass der Abzug der vom Finanzamt festgestellten Entnahmen im Rückwirkungszeitraum gem. § 20 Abs. 5 Satz 3 UmwStG 2006 in den Streitfällen jeweils zu negativen Anschaffungskosten geführt hat. Die Vorschrift des § 20 Abs. 2 Satz 2 Nr. 2 und Satz 4 UmwStG ist über dessen Wortlaut hinaus auf die Streitfälle nicht anzuwenden.

Das Finanzgericht stützte sich diesbezüglich insbesondere auf die Erwägungen des BFH zu § 20 Abs. 7 Sätze 2 und 3 UmwStG 2002 (BFH-Urteil vom 7.3.2018, I R 12/16), die für die hiesigen Streitfälle weiterhin Gültigkeit haben. Die Vorschriften des § 20 Abs. 7 Satz 2 und 3 UmwStG 2002 wurden zwischenzeitlich in § 20 Abs. 5 Sätze 2 und 3 UmwStG 2006 verschoben, ohne – so das Finanzgericht Münster – dass sich die inhaltlichen Wertungen verändert haben. Die Vorschriften stellen lediglich besondere Einkommensermittlungsvorschriften dar und zielen nicht darauf ab, einen geänderten Entnahmezeitpunkt zu fingieren.

Der Umstand, dass der Gesetzgeber mit dem StÄndG 2015 § 20 Abs. 2 Satz 2 Nr. 4 UmwStG eingefügt hat, führt zu keinem anderen Ergebnis. Es ist – so das Finanzgericht – nicht ersichtlich, dass der Gesetzgeber mit der Einführung dieser Regelung die Entstehung von negativen Anschaffungskosten verhindern wollte.

Die Revisionen wurden wegen grundsätzlicher Bedeutung nach § 115 Abs. 2 Nr. 1 FGO zugelassen.

### **Fundstelle**

Finanzgericht Münster, Urteile vom 17. Mai 2023 ([9 K 935/21 K](#) und [9 K 1242/21 K](#)); die Revisionen wurden zugelassen, über die Einlegung ist noch nichts bekannt.

## **Business Meldungen**

Auswirkungen des Bundesverfassungsgerichtsurteils zum Nachtragshaushalt 2021 auf staatliche Beihilfen und Förderprogramme

*Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) hat mit Urteil vom 15.11.2023 den zweiten Nachtragshaushalt 2021 für verfassungswidrig erklärt, wodurch dem Klima- und Transformationsfonds (KTF) nun 60 Milliarden Euro weniger zur Verfügung stehen. Neben den finanzverfassungsrechtlichen und politischen Implikationen hat das Urteil konkrete und sofortige Auswirkungen auf geplante staatliche Beihilfen in Deutschland. Denn ein substantieller Anteil der avisierten Förderung für die Transformation zu einer klimaneutralen Wirtschaft, u.a. für Mikroelektronik und Batterietechnologien, soll aus Mitteln des KTF erfolgen.*

Den Beitrag finden Sie [hier](#).



# Terminplaner

Connected Tax Compliance - „Wo stehen die Unternehmen? Marktstudie zum Status quo und zu Perspektiven“  
Webcast, 07.12.2023

[ZUM SEMINAR](#)

Wir freuen uns auf Sie!



Alle aktuellen Veranstaltungen finden Sie in der PwC Veranstaltungssuche.

[VERANSTALTUNGSSUCHE](#)

## Noch Fragen?

Dann sprechen Sie bitte Ihren PwC-Berater an oder senden Sie eine E-Mail.

[E-MAIL SENDEN](#)

Die Beiträge sind als Hinweise für unsere Mandanten bestimmt. Für die Lösung einschlägiger Probleme greifen Sie bitte auf die angegebenen Quellen oder die Unterstützung unserer für Sie tätigen Büros zurück. Teile dieser Veröffentlichung/Information dürfen nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung durch den Herausgeber nachgedruckt und vervielfältigt werden. Meinungsbeiträge geben die Auffassung der einzelnen Autoren wieder.



## Redaktion

Gabriele Nimmrichter  
PricewaterhouseCoopers GmbH  
Friedrich-Ebert-Anlage 35-37  
60327 Frankfurt am Main  
Tel.: +49 171 7603269  
[gabriele.nimmrichter@pwc.com](mailto:gabriele.nimmrichter@pwc.com)

Gunnar Tetzlaff  
PricewaterhouseCoopers GmbH  
Fuhrberger Straße 5  
30625 Hannover  
Tel.: +49 171 5503930  
[gunnar.tetzlaff@pwc.com](mailto:gunnar.tetzlaff@pwc.com)

## Datenschutz

Die Datenverarbeitung für den Versand des Newsletters erfolgt aufgrund der Grundlage Ihrer Einwilligung. Sie können den Newsletter jederzeit mit Wirkung für die Zukunft abbestellen und Ihre Einwilligung damit widerrufen

© 2023 PwC. All rights reserved. PwC refers to the PwC network and/or one or more of its member firms, each of which is a separate entity.

Please see [www.pwc.com/structure](http://www.pwc.com/structure) for further details.